Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 6

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

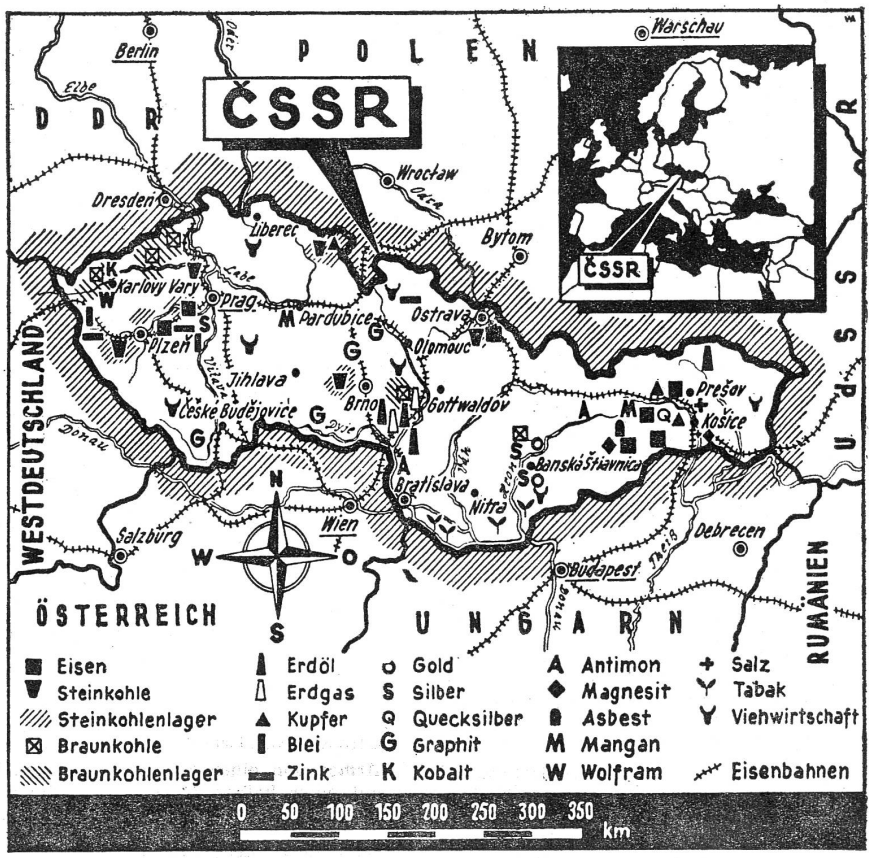
ders intensiv betrieben. Die russische Sprache wurde im Jahrer 1956 als zweite Muttersprache der Türken und Muslems erklärt. Während man bis 1956/57 gelegentlich gegen die zaristische Kolonialpolitik Stellung genommen hatte, darf darüber jetzt nicht mehr gesprochen werden. Gegenwärtig bemüht man sich, die Sprache der turkestanischen Türken mit russischen Wörtern zu durchsetzen, die angeblich die nationale Sprache bereichern sollen. Diese soll dann als Basis zur Schaffung einer einheitlichen kommunistischen Nation dienen. Man bemüht sich besonders darum, die Kinder in der Schule die russische Sprache zu lehren. So werden z. B. in der Sowjetrepublik Kasachstan rund 27 Prozent der kasach-türkischen Kinder direkt in der russischen Sprache unterrichtet, ohne ihre Muttersprache zu lernen. Interessant und zugleich typisch für die Moskauer Kolonialpolitik in Turkestan ist folgende Erklärung der Sowjetbehörden: «Die Nichtanerkennung des russischen Volkes als grosser Bruder ist ein Rest des Nationalismus («Qizil Özbekistan», 14. September 1959).

4. Der Chauvinismus blüht — Nationalismus nicht geduldet

Nirgendwo in der SU hört man über einen Kampf gegen den russischen Chauvinismus innerhalb des Kommunismus. Dagegen kann man den sowjetischen Pressemeldungen täglich entnehmen, dass der Nationalismus nach wie vor strengstens bekämpft wird. So legte die Sowjetführung besonderen Wert auf die Ueberwindung des Nationalismus in Turkestan und auf eine vollständige Beseitigung des Islams. Obwohl der Nationalismus durch den Staat mit Verhaftungen oder Verbannungen der Nationalisten bekämpft wird, ist die Sowjetführung jedoch der Ansicht, diesen auch durch die Umerziehung der Menschen im Sinne des Kommunismus, der nach sowjetischem Sprachgebrauch «Völkerfreundschaft und Internationalismus» bedeutet, zu beseitigen. Einmal wird behauptet, dass die Grundlagen für den Nationalismus beseitigt worden seien, und dann sagt man wieder, dass der Nationalismus entscheidend bekämpft und ausgemerzt werden müsse. Somit geben die Sowjets offen zu, dass sich in Turkestan ein Nationalismus bemerkbar macht. Aber es wird nirgendwo bekanntgegeben, wer die Träger des Nationalismus sind und wie sie auftreten. Der 2. Sekretär der KP der Sowjetrepublik Usbekistan, Titow, bemerkte in seiner Rede im September 1961 in Taschkent lediglich: «Der Nationalismus tritt bei den Fragen der Behandlung der nationalen Besonderheiten, durch die Verherrlichung der Vergangenheit (eigentliche historische Entwicklung Turkestans vor der russischen Eroberung, Verf.) und durch die Betonung der nationalen Eigenarten in Erscheinung» («Qizil Özbekistan», 26. September 1961). So musste der 16. Parteikongress der KP Usbekistans im September 1961 beschliessen: «Der Kampf gegen die Erscheinungen des Nationalismus in allen Formen, gegen den Lokalpatriotismus und die nationale Begrenztheit (Bevorzugung der Interessen Turkestans gegenüber den Interessen des Sowjetstaates, Verf.) sowie gegen die Idealisierung der Vergangenheit ist eine der wichtigsten Aufgaben der Partei» («Prawda Wostoka», 1. Oktober 1961).

Baymirza Hayit

ATLAS DER „WIRTSCHAFT"



Wirtschaft

Tschechoslowakei

Kohle und Maschinen

Die stark industrialisierte Tschechoslowakei ist der europäische Satellitenstaat mit dem relativ höchsten Lebensstandard. In mancher Hinsicht ist sie in gewissen Beziehungen zu einem «Schaufenster der kommunistischen Welt» geworden, was namentlich für die Entwicklungsgebiete gilt, um die sich die CSSR mit Lieferung von Produktionsmitteln und Propaganda besonders intensiv bemüht. Nichtsdestoweniger hat im Lande selbst die Planwirtschaft mit ihren bloss machtmässigen Zielen und ihrer Bürokratie auch hier ein Stagnieren in der Bedarfsproduktion mit sich gebracht, vor allem in der Landwirtschaft.

Die Wirtschaft ist total verstaatlicht. Sie arbeitet nach Plänen, die vom Zentralen Planungsamt in Prag ausgearbeitet werden. Sie umfassen die Fünfjahrespläne (1950/1955, 1956/1960, 1961/1965), die wiederum in Jahrespläne («Volkswirtschaftspläne») aufgeteilt sind. (Dazu kommt noch die «Perspektivplanung» bis 1980 im Rahmen des «Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe» oder Comecon.) Das Statistische Amt meldet jährlich Plan-Ueberfüllungen, was meistens aber mit den nachträglichen Erklärungen der Wirtschafts- und Parteikader sowie der Presse im Widerspruch steht, die jeweils die Nichterfüllung der Pläne beanstanden.

Bodenschätze (vergleiche Karte): Die CSSR steht bezüglich der Kohlenförderung nach Grossbritannien, der Deutschen Bundesrepublik und Polen an vierter Stelle in Europa (Produktionszahlen 1960 in Millionen Tonnen: Steinkohle 26,2; Braunkohle 55,0; Lignit 3,0). Ungefähr 80 Prozent der Steinkohlenvorkommen befinden sich im Revier Ostrau-Karwin. Dieses blieb 1961 trotz gesenkten Planzielen immer noch rund 250 000 Tonnen unter dem Voranschlag. Auch sind die Förderkosten pro Tonne wiederum gestiegen. In den gleichen Gebieten ist auch die Kokserzeugung konzentriert, während sich die Braunkohlenlager grossenteils um Brüx befinden.

Das im Lande geförderte Eisenerz ist nicht sehr hochwertig und kann den innern Bedarf nicht decken. Importiert wird grossteils (rund 70 Prozent) aus der Sowjetunion.

Praktisch den ganzen Erdölbedarf (rund 2,8 Millionen Tonnen jährlich) deckt ebenfalls die UdSSR, da die Eigenproduktion (etwas über 100 000 Tonnen) nicht von Belang ist. Ende dieses Jahres wird die Comecon-Pipeline in Betrieb genommen. Das Oel wird dann im petrochemischen Kombinat von Pratislava (Pressburg) verarbeitet, das zurzeit noch im Bau ist.

Uranerz wird in den Bergwerken von Jachimow (Joachimstal) gefördert. Der Ertrag ist allerdings in den letzten Jahren zurückgegangen, so dass man jetzt auch Stollen wiedereröffnet, die zuvor wegen mangelnder Rentabilität geschlossen worden waren. Die gesamte Produktion geht in die Sowjetunion, was aber in den Aussenhandelsstatistiken der beiden Länder nicht erwähnt ist (Das gleihe gilt auch für die Uranförderung der übrigen Satelliten.)

Als weitere Bodenschätze sind zu nennen: Mangan, Antimon, Blei, Pyrit, Magnesit (Ost-Slowakei), Graphit und vor allem Kaolin (bei Pilsen und Karlovi-Vary/Karlsbad), das als Grundlage für die exportwichtige Keramik- und Porzellanindustrie dient.

Industrie: Wichtigster Zweig ist die Hüttenindustrie (Jahresproduktion 1960 in Tonnen: 4,7 Millionen Roheisen, 6,8 Millionen Stahl, 4,5 Millionen Walzgut, 879 000 Blech, 629 000 Rohre). Die grössten Werke sind das Hüttenkombinat Klement Gottwald (Skoda) bei Kuncice, ferner die Betriebe in Witkowitz, Trzynietz, Kladno und Podbrezova. Die Ostslowakischen Hüttenwerke bei Kassau sind noch im Bau. Im zweiten Fünfjahresplan (1956/1960) ist die Produktion im Vergleich zu 1950 um 66 Prozent gestiegen, kann aber weder mengen- noch sortiermässig genügen. Engpässe gibt es insbesondere bei Walzgut und Baustahl. Die hohe Auschussquote wird nicht zuletzt auf den Mangel an Facharbeitern zurückgeführt.

Die Maschinenindustrie ist stark ausgebaut. Produziert werden Werzeugmaschinen, Strassen- und Landfahrzeuge aller Art, Radio- und Fernsehapparate, Dieselmotoren und Einrichtungen für die verschiedensten Industriezweige. Von Wichtigkeit sind die Textilmaschinen. Nahezu ein Fünftel der Produktion wird exportiert, vorwiegend in die Entwicklungsländer.

Im Mittelpunkt der industriellen Förderung steht die chemische Industrie. Sie soll bis 1965 ihren Ausstoss um 97 Prozent erhöhen. Der grösste Zuwachs ist für Schwefelsäure vorgesehen (75 kg pro Kopf jährlich). In den meisten Sparten kann allerdings die chemische Industrie den Inlandbedarf noch nicht decken. In etlichen Zweigen (Kunststoffe) wurden die ehrgeizigen Planziele nicht erreicht. Einen starken Aufschwung verzeichnet die pharmazeutische Indstrie (Antibiotika, Streptomycin).

Konsumgüter: Seit der kommunistischen Machtübernahme wird diesem Zweig nur eine beschränkte Aufmerksamkeit gewidmet. Infolge des ständigen Rückganges der Agrarproduktion ist auch die Lebensmittelindustrie bei etlichen Produkten unter dem ohnehin relativ bescheidenen Plansoll geblieben.

Landwirtschaft: Zu Beginn des letzten Jahres waren 87,4 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche kollektiviert (4,9 Millionen Hektaren Produktionsgenossenschaften = Kolchosen und 1,1 Millionen Hektaren Staatsgüter = Sowchosen). Zu Beginn dieses Jahres sind schätzungsweise 90 Prozent des Bodens kollektiviert. Die Landwirtschaft kann schon seit Jahren ihre Pläne nicht erfüllen, weshalb bedeutende Mengen von Lebens- und Futtermitteln importiert werden müssen (1961 beispielsweise 300 000 Tonnen Weizen aus Kanada und 91 000 Tonnen Fleisch aus andern Ländern).

Aussenhandel: Er ist Staatsmonopol und untersteht dem Ministerium für Aussenhandel. Die praktische Geschäftsabwicklung wird von verschiedenen staatlichen Aussenhandelsunternehmungen getätigt, die im Westen ihren staatlichen Charakter womöglich zu tarnen suchen. Exportverteilung: Maschinen und Einrichtungen 44,6 Prozent, Brenn- und Rohstoffe 29,5 Prozent, Konsumgüter 20,4 Prozent, Lebensmittel 5,5 Prozent.

Tschechoslowakische Sozialistische Republik

Regierungsform: Das Parlament besteht aus einer Kammer (Narodni Sromaschdeni). Wahl der Abgeordneten auf sechs Jahre. Der «Slowakische Nationalrat» ist daneben offiziell legislatives Organ für die begrenztet slowakische Autonomie, praktisch hat er die Befehle aus Prag zu ratifizieren (gleiches gilt vom slowakischen Regierungsorgan).

Staatsoberhaupt ist Präsident Antonin Novotny (Curriculum KP Nr. 4 1961), der als Erster ZK-Sekretär der Kommunistischen Partei auch die effektive Macht ausübt. Ministerpräsident Viliam Siroky (siehe Curriculum).

Administrative Gliederung des Landes in zehn Kreise (Oblasten) und das Stadtgebiet Prag.

Parteien: Die führende Rolle der KP ist verfassungsmässig verankert; sie beherrscht auch die «Nationale Front» in welcher einzelne frühere Parteien formal weiterbestehen (siehe Seite 2). Alle Wahlen mit Einheitsliste und entsprechenden Resultaten (1960 waren es 99,8 Prozent der Stimmen).

Fläche: 127 859 Quadratkilometer. Einwohner: 13,7 Millionen. Staatssprachen: Tschechisch und Slowakisch.

Religion: Rund drei Viertel der Bevölkerung waren römisch-katholisch. Minderheiten der Protestanten und Griechisch-Orthodoxen. 18 000 Juden.

Armee von einer geschätzten Stärke von gut einer halben Million, wozu noch die paramilitärischen Organisationen kommen.

Wirtschaft: Siehe Spezialkarte.

Mitgliedschaft: Uno, Warschauer Pakt, Comecon.

Bevölkerung:

Die CSSR ist ein Nationalitätenstaat, in welchem die herrschende Nationalität, die Tschechen, die Minderheit haben. Nach den Angaben der bürgerlichen tschechoslowakischen Republik gab es 49,3 Prozent Tschechen, 16,2 Prozent Slowaken, 23,4 Prozent Deutsche, 5,6 Prozent Ungarn, 3,4 Prozent Ukrainer, 1,3 Prozent Juden und 0,6 Prozent Polen. Nach 1945 wurden aber 3 Millionen Deutsche und 200 000 Ungarn vertrieben. Jene Ungarn, welche nicht vertrieben wurden, wurden nach Böhmen deportiert, von wo sie erst nach der kommunistischen Machtübernahme (nach 1948) zurückkehren durften. Infolge dieser gewaltsamen Massnahmen wurde auch die nationale Zusammensetzung abgeändert. 1957 hatte die CSSR 13,5 Millionen Einwohner (97 Einwohner pro Quadratmeter). Davon 8 884 324 Tschechen (66,5 Prozent), 3 700 085 Slowaken (27,8 Prozent), 74 898 Ukrainer und Russen (0,6 Prozent), 78 156 Polen (0,7 Prozent, 163 867 Deutsche (1,2 Prozent) und 404 280 Ungarn (3,0 Prozent). Die Zahl der Nationalitäten wurde verringert, dass man während der grausamen Verfolgung der Nationalitäten einen «Reslowakisierungs»- oder «Retschechisierungs-Prozess» durchführte. Die Angehörigen der einzelnen Nationalitäten bemühten sich ihre Zugehörigkeit zu einer slawischen Völkergruppe zu erringen.

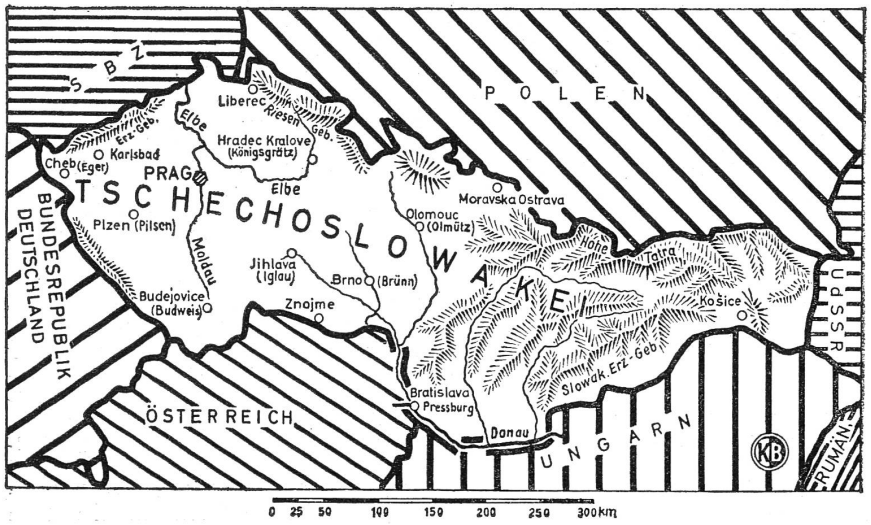
Literatur

Bulgarien

Ein Spiegelbild

Die grosse Tageszeitung «Rabotnitschesko Delo» von Sofia veröffentlichte am 21. Januar eine Schilderung der Literaturkritik in der stalinistischen Epoche. Verfasser ist Bogomil Noneff, Chefredaktor der KP-Monatszeitschrift «Nascha Rodina» (Unsere Heimat) und Redaktor der Zeitschrift «The Democratic Journalist», Organ der kommunistischen «Internationalen Journalistenorganisation». Die Ausführungen von kommunistischer Seite sind um so bemerkenswerter, als sie ein Bild der Vergangenheit entwerfen, das jedermann mühelos als Bild der Gegenwart erkennen kann.

«... Heute sagt man, dass in der Zeit des Persönlichkeitskultes die Literaturkritik jenes literarisches Genre war, das auf seinen schwachen Schultern die grösste Last zu tragen hatte. Die eigentlichen schöpferischen Aufgaben der Literaturkritik wurden durch die Pflicht ersetzt, vorgelegte Thesen, Geschmacksrichtungen und Suggestionen zu illustrieren. Die Bedeutung der literarisch-kritischen Diskussion, des Meinungsaustausches und der schöpferischen Atmosphäre, der Suche nach dem Neuen wurde herabgesetzt. Die individuelle



Analyse der künstlerischen Werke wurde sehr oft durch eine Bestätigung des administrativ aufgezwungenen Geschmacks (oder vielmehr der Geschmacklosigkeit) oder durch den Nachweis von Theorien von sehr zweifelhaftem Wert ersetzt. Von der Kritik hauptsächlich gefordert, die Bilanz des Wertes eines künstlerischen Werkes zu ziehen... und dieses in eine der beiden Kolonnen einzutragen: ‚aktiv' oder ‚passiv'...; dies aber geschah nach dem Kriterium, ob das Werk der zurzeit geltenden offiziellen Thesen entspricht oder nicht...

Man kann jetzt kaum all die Theorien aufzählen, die den Charakter der obligat geltenden Mode trugen. Es waren dies u. a. die Theorien über die Konfliktlosigkeit, über den Realismus und den Antirealismus, über die dogmatische Auffassung der gegenwärtigen Relation zwischen den Methoden und der Weltanschauung, die ‚Malenkovsche' Formel über das Typische in der Kunst... eine lange Liste von Formeln, die die Tätigkeit des Literarkritikers bestimmen sollten, die seine schöpferische Individualität unterdrückten, die ihn in die Zwangsjacke des Dogmatismus und Schematismus steckten, die Artikel und Bücher schufen, welche als Totgeburten zur Welt kamen.

Der Literaturkritik wurde ein hervorragender Platz in unserem literarischen Leben eingeräumt, sie hatte eine ‚führende Rolle' zu spielen. In der Praxis aber wurde sie der Möglichkeit beraubt, mutige Personen und Hypothesen über die Entwicklung unserer Literatur zu stellen. Das stiess den Schriftstellern ebenso von der Kritik ab wie den Leser, der es nicht wünschte, dass man ihm ununterbrochen abgedroschene fremde Gedanken servierte: er wollte von der Kritik etwas Neues hören. Bei uns bürgerte sich eine trockene, kühle Art des Kritikers ein, der literarische Erscheinungen dauernd mit verdächtigen Augen beobachtete, seine Urteile zwischen gut und schlecht abwog, die künstlerische Analyse auf scholastische Art durchführte... Das führte dazu, dass unsere Kritiker zu trockenen Doktrinären und Zitatenreitern wurden... Das Seeleben des Kritikers verkümmerte, dafür hatten aber seine Beurteilungen künstlerischer Werke in vielen Fällen die Gültigkeit eines endgültigen Urteils...»

Soweit der bulgarische Autor. Dass er die geschilderten Zustände keineswegs als passé betrachtet, ist indirekt aus seiner abschliessenden Ermunterung zu erkennen: «Die gegenwärtige Literaturkritik», so heisst es, «würde ein breites Blickfeld erfordern, eine tiefe ideologisch-ästhetische Analyse... Sie sollte eine wirklich erneuernde Rolle in unserem literarischen Leben spielen.»

Soziales

SBZ

Ausbeutung potenziert

Die in Form des «Produktionsaufgebotes» in der Sowjetzone betriebene Ausbeutung der Arbeiter führt zu geradezu unglaublich anmutenden Erscheinungen. Wer unentschuldigt der Arbeit fernbleibt, hat als Schadenersatz nicht nur den Lohnwert, sondern auch den Produktionswert zu begleichen.

Um eine interessante Variante des Marxschen Mehrwertgesetzes bereicherte das Kreisarbeitsgericht Gotha die Polit-Oekonomie. Nach Marx besteht das Mehrwertgesetz darin, dass der Unternehmer dem ausgebeuteten Arbeiter nie das an Werten gibt, was er in der Arbeitszeit produziert, sondern nur das, was dieser zum Lebensunterhalt braucht. Die Differenz behält der Unternehmer für sich. Und das ist nach kommunistischer Lehre das Ckharakteristikum der kapitalistischen Ausbeutung. Das Kreisarbeitsgericht Gotha hatte nun, wie in Berlin bekannt wird, über folgenden Fall zu urteilen:

Ein Arbeiter blieb 20 Arbeitstage unentschuldigt der Arbeit fern. Deswegen verklagte ihn der volkseigene Betrieb wegen des Produktionsausfalles, der durch das Fehlen des Arbeiters angeblich entstanden war. Den ersparten Lohn wollte der Betrieb sich anrechnen lassen. Der Betrieb berechnete den Produktionsausfall mit DM 3220.40, das bedeutet eine Tagesleistung von DM 176.70. Dabei war der Lohn, dem eine Normerfüllung von 146,9 Prozent zugrunde gelegt war, in Höhe von DM 313.60 bereits abgezogen. Das Gericht erkannte die Schadensersatzpflicht des Arbeiters an und nur die Tatsache, dass das Arbeitsgesetzbuch eine Haftungsbegrenzung in Höhe eines monatlichen Tariflohnes vorsieht, bewahrte ihn davor, dass er den ganzen Schaden ersetzen musste. So musste er dem Betrieb DM 249.60 ersetzen. Dieser Betrag stellt nichts anderes als einen Teil des dem Betrieb entgangenen Mehrwertes dar. Von Interesse ist auch das Verhältnis zwischen Lohn und Mehrwert. Der Mehrwert beträgt etwa das Zehnfache des Lohnes.

Gleichzeitig ist in der SBZ eine eigentliche Pressekampagne im Gang, um den Arbeiter davon zu überzeugen, dass eine Produktionssteigerung keineswegs eine Lohnsteigerung mit sich bringen müsse. Die Gewerkschaften werden angehalten, ihren Mitgliedern die neue Mehrwerttheorie beizubringen und die Ausbeutekampagne zu unterstützen. Unter dem Titel «Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn» führt die Gewerkschaftszeitschrift «Die Arbeit» (Nr. 1, 1962) aus:

«... Die planwidrige Entwicklung des Verhältnisses von Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn ist verbunden mit einem Abweichen des Arbeitslohnes vom Plan, mit einem Zurückbleiben der Arbeitsleistung gegenüber dem Lohn. All die grösseren Anstrengungen im Produktionsaufgebot zur vollen Ausnutzung der Arbeitszeit durch laufende Maschinenübergabe, pünktliches Einhalten des Arbeitsbeginns und der Pausen u. a. führen natürlich zu einer höheren Arbeitsleistung der betreffenden Arbeiter...

In der Regel wird jedoch ein bedeutendes Wachstum der Arbeitsproduktivität durch Aufwendungen der Gesellschaft vorbereitet und versucht...

... Darum ist sie auch berechtigt und verpflichtet, den dadurch erzielten Nutzeffekt der Arbeit in Gestalt eines wachsenden Reineinkommens zu beanspruchen. Sie muss verhindern, dass einzelne Arbeiter unberechtigte Vorteile durch übermässig hohe Normenfüllung haben. Es widerspricht der Klassenehre und Klassensolidarität, sich das anzueignen, wofür andere die materiellen Voraussetzungen geschaffen haben.

Wenn die Gewerkschaften die Veränderungen überholter Arbeitsnormen und die Ausarbeitung technisch begründeter Arbeitnormen unterstützen, so stimmt das völlig mit ihren ureigensten Aufgaben überein, die Interessen der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des siegreichen Sozialismus zu vertreten...»

Mit Bedauern stellt die gleiche Zeitung in einer spätern Ausgabe fest, dass sich einzelne Gewerkschaftsvertreter tatsächlich als Arbeitervertreter fühlen, was als «falsch verstandene Interessenvertretung» bezeichnet wird. So hatte ein Gewerkschaftsfunktionär einer Werkzeug- und Besteckfabrik erklärt: «Ich vertrete die Arbeiterklasse. Bei uns spielt sich gar nichts (an Sonderverpflichtungen für das Produktionsaufgebot) ab.» Er wurde für seine illusionistische Einstellung scharf kritisiert.

«Erziehung»

CSSR

Die Karriere

Ein Kuss in einem dunklen Korridor war der Beginn einer bemerkenswerten Karriere eines jungen tschechoslowakischen Lehrers, wie «Smena», das Blatt der slowakischen Jugend, entrüstet berichtete.

Der Lehrer, namens Kvicala, wurde dabei erwischt, wie er in einer dunklen Ecke des Schulkorridors eine Schülerin küsste und der Vorfall wurde dem Lehrerat gemeldet. Er wurde an eine höhere Klasse versetzt.

In seiner neuen Position erschien Kvicala nicht weniger als sechsmal betrunken zum Unterricht. Nach einem Vorfall bei einer Tanzveranstaltung schrieben Mitglieder der Elternvereinigung und der Förderer der Schule einen Protestbrief an den Schulleiter.

Der Lehrer wurde als Erzieher an ein Internat versetzt.

«Dieses Mal schien die Strafe ihren Zweck erfüllt zu haben», schrieb «Smena». «Kvicala arbeitete, schaute nie auf die Uhr, ging auf die Zimmer der Schüler, um ihnen bei den Arbeiten zu helfen.»

Aber der Schein trog. «Nach einer gewissen Zeit stellte es sich heraus, dass er hauptsächlich auf die Zimmer der Mädchen ging», hiess es in dem Artikel weiter. Seine Vorgesetzten waren entrüstet und stellten fest, dass Kvicala ein «unbelehrbarer Nichtsnutz» sei und mit der erforderlichen Strenge bestraft werden sollte. «Und so geschah es auch», schrieb «Smena» sarkastisch. «Kvicala wurde in eine Besserungsanstalt versetzt — als Erzieher!»

Entstalinisierung

Polen

Der Unterschied

Einen hübschen Beitrag über die Entstalinisierungskampagne in der Sowjetunion und die damit zusammenhängenden Fragen der Chruschtschew-Kultes enthielt kürzlich die polnische Zeitung «Trybuna Rabotnicza», KP-Organ der Wojewodschaft Kattowitz. In einem Bericht über seine Reise in die UdSSR erzählt der polnische Journalist Stanislaw Sokolowski von einem Gespräch mit einem sowjetischen Genossen über den Persönlichkeitskult der Sowjetunion. Der Genosse gab zu, dass es unter den 220 Millionen Einwohnern Russlands noch Leute gebe, die «nach alter Weise denken». Man werde sie aber

schliesslich alle überzeugen. Als Beispiel für die «Umerziehungsmethoden» erzählte der Russe:

«... Auf einer Versammlung erörterte der Vortragende recht ausführlich dieses Thema. Nach dem Vortrag begann eine Diskussion. Unter den Diskussionsteilnehmern fand sich ein Mensch, aus dessen Aeusserungen hervorging, dass er nicht davon überzeugt ist, dass alle mit der Liquidierung des Personenkultes verbundenen Massnahmen der Partei richtig seien. Zum Schluss seiner Ausführungen stellte er die Frage: ‚Und jetzt sagt mir, ob Genosse Chruschtschew drei Gehälter bekommt, also als Erster Sekretär, als Ministerpräsident und als Vorsitzender des ZK-Büros für die Russische Föderation, oder nur eines?'

‚Natürlich nur eines, wie jeder andere' — antwortete der Vortragende. ‚Aber bei dieser Gelegenheit will ich euch erklären, worauf der Unterschied zwischen der Periode des Persönlichkeitskultes und den jetzigen Zeiten beruht. Mir scheint nämlich, dass es euch während des Personenkultes niemals eingefallen wäre, solche Fragen zu stellen.'

Worauf der Saal vom Lachen der Leute zu dröhnen begann ...»

Medizin

Rumänien

Exklusivität?

Im Januar begann in Rumänien eine Impfaktion gegen Kinderlähmung. Zur Anwendung gelangt der gleiche perorale Impfstoff wie gegenwärtig in der Schweiz. Berücksichtigt werden Kinder und Jugendliche bis zu dreissig Jahren. «Neuer Weg», die deutschsprachige Bukarester Zeitschrift, widmet der Aktion einen ausführlichen Bericht. Durchaus begreiflich ist es, dass die Vorteile der Schluckimpfung (im Gegensatz zur Einspritzung mit dem Salk-Präparat) nicht nur in medizinischer Hinsicht hervorgehoben werden, sondern auch die Rolle betont wird, welche die sowjetische Wissenschaft bei der Entwicklung der neuen Impfung gespielt hat.

Hübsch ist indessen der Exklusivitätsanspruch der kommunistischen Gesellschaftsform, der indirekt für diese volksgesundheitliche Massnahme erhoben wird: «Der volksdemokratische Staat, der eine der modernsten Vorbeugungsmittel gegen eine so furchtbare Krankheit, wie es die Kinderlähmung ist, kostenlos zur Verfügung stellt, beweist dadurch ein übriges Mal seine Sorge um den Gesundheitsschutz der Bevölkerung.»

Wozu zu bemerken wäre, dass beispielsweise in der Schweiz der Staat den Impfstoff ebenfalls kostenlos zur Verfügung stellt, dass er damit früher begonnen hat als Rumänien, und dass auch Personen über dreissig Jahre impfberechtigt sind.

Darüber ist allerdings in der ausführlichen Berichterstattung über die Schweiz in der rumänischen Zeitschrift jeweils nichts zu lesen. Dafür versichert der Zürcher Korrespondent Theodor Pinkus seinen Lesern, dass beispielsweise bei der Berner Bauernkundgebung vom letzten Herbst die Polizei die Manifestanten mit Knüppeln und Tränengas empfangen habe. Oder er berichtet in der letzten Nummer von der Terrorisierung der Schweizer Bevölkerung in der Osthandelsfrage. Zur Einschüchterung der Geschäftsleute würden Nazimethoden angewandt. Dass Pinkus die Möglichkeit hat, unser faschistisches Regime anhand von Vergleichen der Schweizer Presse zu «beweisen» ist schmerzlich. Wohl hat auch der heutige Totalitarismus seine Juden. Aber es sind nicht osthandeltreibende Geschäftsleute, sondern die Antikommunisten. Sie erwartet im kommunistischen Herrschaftsgebiet der Tod, wenn sie sich nicht rechtzeitig gleichschalten lassen. Und auch das ist keine Garantie.

Wirtschaft

UdSSR

Wachstum-aber langsamer

Die industrielle Zuwachsrate in der Sowjetunion ist 1961 leicht zurückgegangen, wie es schon 1960 der Fall gewesen war. Sie betrug im vergangenen Jahr 9,2 Prozent, verglichen mit 10 Prozent im Jahr 1960 und 11 Prozent im Jahr 1959. Die Produktionsziffern stiegen jedoch schneller als die der andern grossen Staaten, mit Ausnahme von Italien und Japan.

Die Angaben über die Erfüllung des staatlichen Volkswirtschaftsplanes 1961 in der UdSSR wurden jetzt («Iswestija», 24. Januar) von der Statistischen Zentralverwaltung beim Ministerrat veröffentlicht.

Die grösste Zunahme liegt bei der Schwerindustrie und der Energiebeschaffung, aber diesmal sind auch die Zahlen einiger ausgewählter Konsumgüter bemerkenswert:

Im vergangenen Jahr wurden in der UdSSR mehr Fernsehgeräte hergestellt (1,95 Millionen gegenüber 1,7 Millionen im Jahre 1960); mehr Automobile (149 000 verglichen mit 139 000 im Jahre 1960); mehr Kühlschränke (686 000 verglichen mit 529 000); und mehr Nähmaschinen (3,3 Millionen gegenüber 3,1 Millionen).

Auch die Produktion von Textilien (Baumwolle, Wolle und Seide) steigt an. Der einzige Artikel auf dem Verbrauchsgütersektor, dessen Produktionszahl geringer war als im Vorjahr, waren Fahrräder.

Bei der Schlüsselindustrie erhöhten sich die Produktionsziffern für Erdöl (166 Millionen Tonnen gegenüber 148 Millionen im Vorjahr), Roheisen (50,9 Millionen Tonnen gegenüber 46,8 Millionen), Zement (50,9 Millionen Tonnen gegenüber 45,5 Millionen) und Kunstdünger (15,3 Millionen Tonnen gegenüber 13,8 Millionen). Ein Rückgang ist lediglich in der Kohlenförderung zu verzeichnen (510 Millionen Tonnen im Jahre 1961 gegenüber 513 Millionen im Jahre 1960). Auch wurden mehr landwirtschaftliche Maschinen hergestellt als im Vorjahr.

Die Arbeitsproduktivität (die zugegebenermassen deutlich schwächer ist als in den entwickelten Ländern des Westens) nahm nicht im geplanten Masse zu. Sie stieg im Berichtsjahr um 4 Prozent (1960 um 5 Prozent), wobei der Plan eine sechsprozentige Steigerung vorgesehen hatte. Im Bauwesen zeigte sich die Verzögerung besonders deutlich. Hier nahm die Arbeitsproduktivität um 3,5 Prozent zu, verglichen mit dem Planziel von 7,4 Prozent.

Der Investitionsplan konnte nur zu 95 Prozent erfüllt werden, was unter anderm auf den Mangel an dafür angelegte Reserven zurückzuführen ist.

Obwohl das Nationaleinkommen um 7 Prozent stieg, betrugen die durchschnittlichen Lohnerhöhungen nur 4 Prozent, so dass sich eine effektive Mehrwerterhöhung (vgl. unter SZB) ergab.

Aus dem Bericht ist auch ersichtlich, dass verschiedene Artikel auf dem Verbrauchsgütersektor nicht verkauft werden konnten; so z. B. Automobile, Uhren, Waschmaschinen und Nähmaschinen. Eine grosse Rolle spielen hier die hohen Preise.

Der Wohnbau blieb mit 80 Millionen Quadratmetern hinter dem Plan, der 96 Millionen Quadratmeter vorgesehen hatte, zurück. In den ländlichen Bezirken wurde nur eine halbe Million Häuser fertiggestellt, verglichen mit 625 000 im Jahre 1960. (Die Wohnungsnot in der Sowjetunion ist nach wie vor drückend. Die Wohnnorm von fünf Quadratmetern pro Person kann in den Städten nicht garantiert werden.)

Dass es bei der Lebensmittelversorgung und Landwirtschaft nicht klappt, zeigt das Fehlen einer klaren Rechenschaft über die Planerfüllung und die Bemerkung, dass «die Nachfrage bei einer Reihe von Lebensmitteln nicht vollständig befriedigt werden konnte». Der Detailhandelsplan wurde nicht erfüllt. Fleisch- und Fleischfabrikate wurden trotz dem weiteren Bevölkerungszuwachs (Schätzung auf Jahresbeginn 220 Millionen) nicht erfüllt.

Trotz einiger kleinen Verschiebungen bleiben die alten Merkmale der kommunistischen Wirtschaftsplanung bestehen: Starker Zuwachs, wo es um die Macht des Staates geht, (Schwerindustrie, Energie), schwacher Zuwachs, wo es um die Bedürfnisse der Bevölkerung geht (Wohnraum, Lebensmittel, Gebrauchsgüter).

Handel

Polen

Fleisch nur für Export

Die polnische Bevölkerung macht sich Gedanken darüber, dass Wildbret in grossen Mengen ausgeführt wird, während im Lande selbst Fleischmangel herrscht. «Zycie Warszawy» veröffentlichte am 24. Januar einen diesbezüglichen Protestbrief eines Lesers. Die Redaktion gab dem 82jährigen Fragesteller folgende Antwort: In Polen bestehe keine Nachfrage nach Wilbret, weshalb die zuständigen Behörden es für den Export freigegeben hätten. Was Nachfrage ist, bestimmt also der Staat.

Tatsächlich führt Polen beträchtliche Mengen von Wildfleisch nach dem Westen aus. 1960 handelte es sich um 1769,8 Tonnen. Die Schweiz war daran wie folgt beteiligt: 119,7 Tonnen Hasenfleisch, 13,8 Tonnen Reh, 28,0 Tonnen Wildschwein und 38,2 Tonnen Hirsch. Sie war nach der deutschen Bundesrepublik zweitgrösster Importeur von polnischem Wildbret.

Wie die Warschauer Presse berichtet, ist Toilettenpapier weder in den Geschäften nach in öffentlichen Bedürfnisanstalten noch in Hotels zu finden. Grund des plötzlichen Mangels: Die Vorräte sind von Unternehmen als Packpapier aufgekauft worden.

Polnische Fernsehapparate der Marke «Wawel» haben zuweilen die Eigenschaft, explosionsartig in kleine Stücke zu verfallen. Wie Fachleute der Warschauer Televisionsbetriebe der Presse mitteilen, kann das infolge eines Schlags gegen die Rückwand des Gerätes eintreten oder auch infolge eines Fehlers der Fernsehröhre.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 7. Februar 1962

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Der Schnappschuss

Patentangelegenheiten brauchen in Polen bis zu ihrer Erledigung 10—12 Jahre. Eine 1960 unterbreitete Erfindung ist 1962 noch nicht an die zuständige Stelle gekommen («Trybuna Ludu», 16. Januar.

Ich stehe auf des Stalles Dach,
Meint Ihr Ch — ch dass ich nicht lach.
Ich steh' auf einem Luxusbau
Mit Marmorfliessen — für die Sau.

Schweinepalais

Die nordkaukasischen Sowchosen und Kolchosen lassen den Bau von Luxus-Viehställen zu, meldete am 12. Januar die «Sowjetskaja Rossija» im Abschluss an parteioffizielle Kritik, die auf einer Tagung über Landwirtschaftsprobleme im Süden der Union geäussert worden war. Karikatur und Vierzeiler geisseln die vornehme Schweinewirtschaft, bei der die Gelder für Bauinvestitionen für sinnlose Repräsentation verschwendet werden.

Bis zu einem gewissen Grad ist diese besondere Kritik ungewohnt. Im allgemeinen dominiert vielmehr die Klage darüber, dass schlecht und zuwenig gebaut werde. Nicht vorhandene oder schadhafte Ställe, Geräteschuppen oder Reparaturwerkstätten werden regelmässig in der sowjetischen Presse aufs Korn genommen (Vergl. KB Nr. 50). Zugegeben werden ebenfalls die schlechten Wohnverhältnisse namentlich auf dem Neuland, wenn dem auch nicht soviel Gewicht beigelegt wird, da zur Planerfüllung die gute Haltung des Viehs wichtiger ist als die Unterkunft der Menschen. Immerhin steht der verhältnismässig ungewohnte Vermerk über luxuriöse Stallbauten im Zusammenhang mit den üblichen Kritiken am vernachlässigten Bauwesen auf dem Lande. Die über den Zweck hinaus eingesetzten Mittel werden wohl anderswo fehlen. Die Feststellung bestätigt sich, dass der Bauer dort schlechter wirtschaftet, wo er nur ein staatliches und nicht ein persönliches Interesse sieht. Auch die bürokratischen Fehlentschlüsse auf Staatsgütern und Kollektivwirtschaften gehören so oder so zum Thema der abwegigen Agrarpolitik. Fehlende Ställe oder Luxusställe sind: Zwei Aspekte der gleichen Sache: der mühsamen Entwicklung der zentralgelenkten Planwirtschaft auf dem Lande.

Endlich wissen wir, was es heisst, positiv neutral zu sein. «Positive Neutralität», schrieb die «Prawda» am 17. Dezember, sei eine Politik «wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den übrigen Staaten des sozialistischen Lagers.»

*

Eine Mahnung an die tschechoslowakischen Bräute: Wenn ihr euch nach der Trauungszeremonie photographieren lasst, achtet darauf, dass euch der Photograph auch eine Quittung gibt.

Diese Mahnung dient nicht dazu, die jungverheirateten Paare zu schützen, sondern den reichen Nebeneinnahmen privater «Unternehmer» einen Riegel vorzuschieben.

«Svobodne Slovo» berichtete über den Prozess gegen Frantisek Skacel, den Leiter des staatlichen Photoateliers in Brünn, der «an Wochentagen für das staatliche Unternehmen, an Samstagen und Sonntagen dagegen in seine eigene Tasche gearbeitet habe». Das Photoatelier lag sehr günstig, nämlich gleich neben dem Rathaus und stellte natürlich einen Anziehungspunkt für die jungverheirateten Paare dar, die soeben vom Standesamt kamen.

Skacel wurde des «Diebstahls an sozialistischem Eigentum» angeklagt. In über vier Jahren soll er ungefähr 50 000 Kronen (das sind 3500 Dollar zum Touristenkurs) Nebeneinnahmen gehabt haben. Er wurde zu einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren verurteilt.

*

Ein «Hooligan», der im Prager Restaurant «Savoy» die für eine ausländische Delegation vorbereiteten kalten Platten gestohlen hatte, muss diesen Diebstahl mit 18 Monaten Gefängnis büssen.

«Vecerni Praha» (Prag) bezeichnete den jungen Mann, Milos Koudelka, als «einen unverbesserlichen Rowdy» und berichtete über einen anderen Vorfall, in den er verwickelt war. Der Schauplatz war ein anderes Restaurant, das «Nebozizek», gewesen. «Er beleidigte die Gäste aufs schwerste ... warf ihnen einen leeres Glas nach, und im Büro des Restaurants sprang er in die Höhe, ergriff den Kronleuchter und riss ihn mit sich zu Boden.»

*

«Das Büro des Staatsanwaltes Boldirew im Leningrader Bezirk Bujbischew ist mit Magnetophonen, Langspielplatten, Tonbändern und allerlei Chemikalien angefüllt. Es handelt sich um das Beweismaterial der verbrecherischen Tätigkeit des unverbesserlichen Nichtstuers Ruslan Bogoslowskij.» Solchermassen beginnt die «Komsomolskaja Prawda» ihren Bericht über den Fall eines Gesellschaftsparasiten, der, statt produktive Arbeit zu leisten, Schallplatten mit Eigenaufnahmen von Elvis Presley verkaufte.

BRIEFE

Sport und Politik

Betr.: Argumente im «Fall Delnon» (KB Nr. 4). Es gibt auch andere Verbände, die gemäss Statuten politisch und konfessionell neutral sind, so der Schweizerische Kaufmännische Verein als grösster Verband der Schweizerischen Angestelltenschaft. Trotz dieser Neutralität wurde aber in die Statuten vom 12. und 13. Oktober 1957 folgender Passus aufgenommen.

Artikel 5: Anhänger einer antidemokratischen Bewegung können nicht Mitglied eines kaufmännischen Vereins oder Einzelmitglied des SKV sein.

Dieser Artikel wurde seinerzeit ebenfalls gegen eine hartnäckige Opposition von seiten der welschen Verbandsmitglieder mit grosser Mehrheit beschlossen. Gestützt auf diesen Artikel kann ein PdA-Mitglied nicht gleichzeitig Mitglied des SKV sein und in folgerichtiger Konsequenz wurde z. B. das PdA-Mitglied des Zürcher Gemeinderates Burlet von der Mitgliedschaft des SKV ausgeschlossen.

G. P. K. in Rüti ZH

Vielen Dank für den Hinweis, der einen guten Parallelfall aufgreift.

Berichtigung

Das Zitat auf Seite 1 der letzten Nummer enthielt einen sinnverkehrenden Fehler. Es lautet richtig: «Es gibt nichts Dümmeres, als den grundsätzlichen Antikommunismus politisch salonunfähig (nicht: salonfähig) machen zu wollen.»

Curriculum der Woche

VILIAM SIROKY

Tschechoslowakischer Ministerpräsident

Geboren 1902 in Bratislava von ungarisierter slowakischer Abstammung. Primar- und Sekundarschule, mit 15 Jahren Eisenbahnarbeiter. 1921 Gründer einer kommunistischen Organisation in Bratislava und Tätigkeit auf ihrem Sekretariat. Zwischen 1922 und 1935 verschiedentlich wegen kommunistischer Aktivität im Gefängnis. Ab 1928 als lokaler Parteisekretär im Untergrund tätig. Wird 1935 ein Sekretär im Zentralkomitee der Tschechoslowakischen KP und kandidierendes Mitglied der Komintern (die internationale KP-Bewegung). Nach Auflösung der KPC 1938 Führer der Slowakischen KP unter dem Decknamen Rudolf Rehak.

Während der Nazibesetzung in der Widerstandsbewegung. Moskauer Aufenthalt zwischen 1940 und 1941. Nach seiner Rückkehr von der Gestapo festgenommen. Flüchtet aus dem Gefängnis im Februar 1945 und wird in der Provisorischen Regierung Fierlinger Vizeministerpräsident. Vom August 1945 bis 1954 an der Spitze der slowakischen KP, deren anschliessende Eingliederung in die KPC er aktiv betreibt. 1950 bis 1953 Aussenminister, dann stellvertretender Ministerpräsident. Wird nach dem Tode Präsident Gottwalds 1956 Ministerpräsident. Gilt 1957 nach dem Tode Zapotockys als Anwärter auf die Präsidentschaft, die aber Novotny zufällt. Gerüchte über Rivalitäten zwischen dem ZK-Sekretär und Siroky sind seither von Zeit zu Zeit wieder im Umlauf. Ueber seinen angeblich bevorstehenden Sturz wurde namentlich 1959 berichtet, aber er überstand als Regierungschef die Säuberungen, inklusive jener vom letzten Herbst, obwohl er als Stalinist vorbelastet ist.